



Frauke Petry von Linksextremisten angegriffen



Im linksversifften Göttingen hat die Sturmabteilung der roten und grünen Politversager, die sogenannte „Antifa“, wieder einmal ihr Verständnis von

Demokratie bewiesen.

[„WeltOnline“ berichtet:](#)

Die Co-Vorsitzende der AfD, Frauke Petry, ist in einem Lokal in Göttingen von drei Vermummten attackiert worden. Diese warfen nach Angaben von Parteisprecher Christian Lüth am Mittwoch den Tisch um, an dem Petry mit einem Journalisten saß, so dass sie zu Boden ging. Anschließend hätten die Angreifer die rechtskonservative Politikerin mit Beuteln mit Fruchtsaft beworfen.

Dem Sprecher zufolge war vor der Attacke eine junge Frau an Petry herangetreten und hatte gefragt: „Sind Sie Frauke Petry?“ Als diese die Frage bejahte, soll die Frau sie beschimpft haben und dann verschwunden sein. Kurz darauf stürmten die Vermummten in das Lokal. Sie riefen nach Angaben

des Sprechers „Nazis raus!“.

„Dieser brutale Versuch, die Meinungsfreiheit mit Gewalt einzuschränken, ist niederträchtig“, sagte Petry. Linksextreme Gewalt werde von den etablierten Parteien verharmlost. Petry ist Landesvorsitzende der Alternative für Deutschland in Sachsen und gehört dem Bundesvorstand an.

Wie „WeltOnline“ weiter schreibt, handele es sich nicht um den ersten Angriff dieser Art. So soll es bereits 2013 von Seiten der „Antifa“ zu massiven Drohungen und telefonischen Einschüchterungsversuchen gegen Mitglieder der AfD gekommen sein.

Wir warten jetzt auf einen kollektiven Aufschrei von Claudia Roth, Wolfgang Thierse und all den anderen linken Traumtänzern, die bei jedem hingeschmierten „Nazisymbol“ den Rechtsstaat in Gefahr sehen. Doch die werden wohl auch diesen Übergriff als Zeichen von Zivilcourage zu verteidigen versuchen. (hg)

Deutschland 2015: Tolerant, toleranter, totalitär

Eine Kolumnistin empfiehlt einem Leser, seine zwei Kinder nicht zu einer Schwulen-Hochzeit zu schicken – und verliert ihren Job bei der Zeitung. Einem Münchner Gastwirt, der sich weigert, rechte Gäste rauszuwerfen und wie Aussätzige zu behandeln, droht der Entzug der Konzession. Ein Berliner Politikwissenschaftler sieht sich plötzlich und grundlos auf einem anonymen Internetpranger mit Rassismus- und Sexismusvorwürfen konfrontiert. Sein Vergehen: Er betrachtet

politische Prozesse differenziert und richtet seine Lehre auch an der Realität aus – und nicht nur an linken Wunschvorstellungen. Das ist Deutschland 2015. Jenes Deutschland, in dem nahezu täglich von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Medien und der vielbeschworenen „Zivilgesellschaft“ das hohe Gut der Toleranz gepredigt wird. Aber wie so oft bei falschen Predigern ist auch dieser Kelch statt mit Wasser randvoll mit Wein gefüllt. (*Guter Kommentar von Felix Krautkrämer in der JF – [Fortsetzung hier!](#)*)



Von den Salafisten über den Koran in den Dschihad und in den Tod



Die beiden deutschen Zwillingsbrüder Kevin und Mark K. wuchsen in Castrop-Rauxel

auf, sind laut BILD Ende 2012 in der örtlichen DITIB-Moschee zum Islam konvertiert und setzten sich im August 2014 über die Türkei nach Syrien in den Dschihad ab. Mark, der nach seiner Metamorphose von der Zivilisation zur Barbarei „Abu Musab Al Almani“ hieß, soll sich Anfang April nordwestlich der irakischen Hauptstadt Bagdad mit 7 Tonnen Sprengstoff bei einem Stützpunkt der irakischen Armee in die Luft gejagt haben. Auch Kevin habe sich laut IS als moslemischer Sprenggläubiger betätigt. Ober-Salafist Ibrahim Abu Nagie soll den Konvertiten, die offensichtlich auch an seinen Koran-Verteilaktionen teilnahmen, zuvor gesagt haben: „*Möge Allah euch Hand in Hand ins Paradies führen*“. Wo laut islamischer Überzeugung 72 willige Jungfrauen auf jeden Islam-Killer warten, den es selber erwischt.

(Von Michael Stürzenberger)

Mark und Kevin scheinen dies, nachdem sie die islamische Gehirnwäsche durchliefen, tatsächlich auch geglaubt zu haben. BILD berichtete in [einem Artikel vor vier Tagen](#), bei dem noch die Zwillinge Manuel und Christoph aus Kassel als Selbstmordattentäter angenommen wurden:

Nachdem eine Vorhut der Dschihadisten den Außenposten ausgeschaltet hat, fährt der deutsche Attentäter Abu Musab al Almani durch das Haupttor.

Der ehemalige Bundeswehrsoldat sitzt in einem gepanzerten Truppentransporter M113, den ISIS zuvor von der irakischen Armee erbeutete. Seine Ladung besteht aus sieben Tonnen Sprengstoff.

Als er die Kommandozentrale erreicht, drückt er auf den Auslöser, reißt sich selbst und Dutzende Menschen mit in den Tod.

Heute hat BILD die Identität der beiden Sprenggläubigen [richtiggestellt](#):

Während Mark als jener Attentäter gefeiert wird, der sich Anfang April in einem Stützpunkt des vierten Regiments der irakischen Armee in die Luft sprengte, bleiben Kevins Schicksal wie auch sein Kampfname unklar:

Lediglich die Umschreibung im Propagandamagazin als Isthishadi – die bei Dschihadisten übliche Verehrung von Selbstmordattentätern als Märtyrern – lässt darauf schließen, dass auch Kevin wie sein Bruder Mark sich für ISIS in die Luft sprengte.

So schnell kann es gehen mit deutschen Konvertiten. Immer mehr junge Deutsche fallen auf diese Weise den Salafisten in die Hände. Am vergangenen Samstag traf ich bei der Münchner Koranverteilung auch einen Minderjährigen, dem die Salafisten einen Rucksack umgebunden hatten und zum Koranverteilen einsetzten. Als ich mit ihm ein Gespräch begann, schaltete sich sofort einer der „Oberen“ ein. Es war jener, der mir auch die islamische Überzeugung mitteilte, dass Jesus mich und alle anderen „Ungläubigen“ am Tag des Jüngsten Gerichtes töten werde. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass der fromme Moslem nicht viel dagegen hätte, wenn dies schon vorher geschähe. Außerdem behauptete er dreist, ich würde von Hartz IV leben. Dieser öffentliche Diffamierungsversuch ist im dritten Video [der Dokumentation vom Samstag](#) ab 1:00 zu sehen.



Es wird nichts gegen diese gefährliche Indoktrination

unternommen, die in vielen deutschen Städten abläuft. Aber dafür jede Menge gegen diejenigen, die über die Gefahr des Islams aufklären. Da läuft das Programm des völlig irren „Kampfes gegen Rechts“ auf vollen Touren. Deutschland ist völlig von Sinnen..



So viele Moslems wie noch nie im DFB-Kader

Fußball-Bundestrainer Joachim Löw hat gestern den Kader für das Länderspiel der Deutschen Nationalmannschaft gegen die USA am 10. Juni in Köln bekannt gegeben. Was auffällt: Mit Mesut özil, Sami Khedira, Shkodran Mustafi, Ilkay Gündogan und Karim Bellarabi sind erstmals fünf muslimische Spieler im deutschen Kader vertreten. Ob die Allah-Kicker beim Abspielen der deutschen Nationalhymne wie [Mesut Özil Koranverse beten](#) werden – lassen wir uns überraschen. PS: Nein, es gibt keine Islamisierung Deutschlands!

Schweiz: Sieben Fifa-Funktionäre verhaftet



Es geht um

Erpressung, Geldwäsche, organisierte Kriminalität und Korruption bei der Vergabe von Vermarktungs-, Sponsoring- und Übertragungsrechten sowie um die Weltmeisterschaften 2018 in Russland und 2022 an Katar. In Summe geht es um mehr als 150 Millionen Dollar. Sieben hochrangige Funktionäre wurden heute Morgen im Schweizer Hotel Baur von der Polizei festgenommen, gegen zwei weitere wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Unter den Festgenommenen sind auch die Fifa-Vizepräsidenten Jeffrey Webb und Eugenio Figueredo. Außerdem wurden Konten bei Schweizer Geldinstituten, über die mutmaßlich Bestechungsgelder flossen, gesperrt. Die entsprechenden Kontounterlagen sollen beschlagnahmt werden.

„Die Beschuldigten pflegten eine Kultur der Korruption und Gier. Geheime, illegale Zahlungen, Kickbacks und Schmiergeld sind zur Art und Weise geworden, wie man in der Fifa Geschäfte macht“, sagte FBI-Chef James Comey. Fifa-Boss Josef Blatter soll nicht zu den Verdächtigten gehören, die Fifa-Präsidentschaftswahlen sollen wie geplant in zwei Tagen über die Bühne gehen.

Weiters wurden Eduardo Li (Costa Rica), Julio Rocha (Nicaragua), Costas Takkas (Kaimaninseln), José Maria Marin

(Brasilien) und Rafael Esquivel (Venezuela) verhaftet, in Abschiebehaft genommen und sollen in die USA ausgeliefert werden.

Hier ein Video der Verhaftung:

Bericht der Tagesschau:

» [Focus Live-Ticker](#) zum Thema



W. Krämer: German Muschi by Christian Lindner



Mut hat er schon, mein Parteifreund und FDP-Chef Christian Lindner (Foto), mit seinem neuen Motto „German Mut“. Oder hat er nicht gewusst,

dass mut im australischen Englisch Vagina bedeutet (populär auch übersetzbar mit einem anderen deutschen Wort, das so wie Mut mit M beginnt). Das ist zwar nicht ganz so peinlich wie die Überschrift, mit der die schöne Domstadt Worms in einem Touristenprospekt einmal ihr altes Judenviertel vorstellte („Jewish Worms“), aber würdelos und missverständlich genug. Deshalb gönne ich ihm diese mediale Bauchlandung von ganzem Herzen.

Genauso wie einem mittelständischen Fliesenleger und Bad-Ausstatter, der in einem teuer aufgemachten Werbeprospekt seine Dienstleistungen als „Bad design“ hoffte anpreisen zu können, oder die Deutschen Lufthansa mit ihrer Werbung für die erste Klasse („die first class“).

Darüber könnte man lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Denn dieses fast schon psychopathische Verpflanzen angelsächsischer Wortbrocken in deutsche Texte zeugt nur allzu deutlich von einem seltsamen Streben der selbsternannten Eliten unseres schönen Landes, ihre eigenen kulturellen Wurzeln subkutan als minderwertig darzustellen. (*Weiterlesen auf der [Achse des Guten](#)*)

**Die Islamkritik muss zum
Islam gehören**



Zum Auftakt der dritten phil. Cologne spricht heute um 18 Uhr (WDR, Kleiner Sendesaal) der Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi (Foto), zum Thema: „Was wollte Mohammed?“ Ourghi leitet an der PH Freiburg die Abteilung für Islamische Theologie und Religionspädagogik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Koranforschung, sunnitische Fatwawesen, die Ibaditen in Nordafrika sowie Islamische Theologie. Seit 2009 widmet er sich dem Habilitierungsvorhaben mit der Habilschrift „Der Dialog zwischen Gott und dem Teufel. Eine entmythologisierende Hermeneutik“ (Arbeitstitel). Der gebürtige Algerier gilt als einer der führenden Koran-Experten.

Über „Sterben für Allah. Sterben für Gott“ diskutieren morgen (21 Uhr, Stadtgarten, Venloer Str. 40) Lamy Kaddor und Eberhard Schockenhoff. Beide Veranstaltungen moderiert Joachim Frank.

Nachfolgend das Interview, das der [General-Anzeiger Bonn](#) vorab mit dem Forscher führte:

Herr Ourghi, wollte Mohammed, dass seine Anhänger Andersgläubige vor laufender Kamera enthaupten oder in Käfigen verbrennen?

Ourghi: Bei diesen Menschen handelt es sich um eine Minderheit von Extremisten oder Salafisten, deretwegen man nun nicht alle Muslime unter Generalverdacht stellen darf.

Und Mohammed?

Ourghi: Ihn kann man zum einen als Verkünder einer Religion verstehen, was die Zeit von 610 bis 622 betrifft. Nach seiner Auswanderung von Mekka nach Medina haben wir es mit einem Staatsmann zu tun, der immer wieder Gewaltmaßnahmen gegen Andersgläubige, gegen Juden und Christen ergriffen hat. Und

es ist schon die Aufgabe der Muslime, diese Gewaltaspekte nicht mehr auszublenden. Dazu gehört auch, bestimmte Verse des Korans als zeitbedingt zu betrachten.

Das Christentum hatte ja auch sehr unduldsame Phasen, bevor es durch den Filter der Aufklärung lief. Fehlt diese Relativierung der Religion dem Islam?

Ourghi: Der Islam hinkt derzeit einer modernen Renaissance und einer kritikfähigen Aufklärung hinterher, weil der Glaube eben keine Privatsache ist. Der Kern der westlichen Aufklärung, die Freiheit des Individuums, wird seit Jahrhunderten von konservativen Gelehrten und politischen Despoten beschlagnahmt.

Die katholische Kirche hat einen Papst und Konzilien. Fehlen dem Islam solche verbindlichen Instanzen?

Ourghi: Dieser Pluralismus muss kein Nachteil sein, im Gegenteil. Wir haben in der Tat nur die kanonischen Quellen, den Koran und die Tradition des Propheten, die inzwischen auch umstritten ist. Es gab vom achten Jahrhundert bis heute immer wieder Reformversuche des Islam, die von den Reformern aber oft mit dem Leben bezahlt wurden. Eine Reform im europäischen Kontext erfordert eine historisch-kritische Lektüre dieser Quellen, um etwa den Herrschaftsanspruch des Islam zu hinterfragen und seine ethisch-humanistische Kraft wiederzubeleben.

Der vorherige und der jetzige Bundespräsident haben erklärt, dass der Islam inzwischen zu Deutschland gehöre. Was halten Sie von diesem Satz?

Ourghi: Solche mutigen Sätze sind Balsam auf die Seele der hier lebenden Muslime. Natürlich gehört der Islam seit dem siebten Jahrhundert in Spanien zu Europa. Allerdings: Ein Islam ohne Islamkritik gehört nicht zu Deutschland, und ein Islam als Ideologie der Macht ist in Europa zum Scheitern

verurteilt.

Was müsste sich ändern, um den Islam mit westlichen Demokratien verträglich zu machen?

Ourghi: Ersten muss die Freiheit des Individuums als höchstes Gut auch im Islam verankert werden. Konstruktive Kritik an der Religion darf nicht mehr als Beleidigung aufgefasst werden, damit die Muslime nicht mehr unbewusst in die Opferrolle geraten. Und ein Beharren auf dem universalen Wahrheitsanspruch des Islam bedeutet Intoleranz gegenüber anderen Religionen oder Nichtgläubigen.

Nun gibt es aber Länder, wo der Islam Staatsreligion ist und von der Politik auch als Herrschaftsinstrument genutzt wird. Da sieht es für die Reform finster aus...

Ourghi: Wir reden dabei etwa von Saudi-Arabien und den Golfstaaten. Da haben wir es mit einer Doppelmoral zu tun: Der „grausame Islam“ und die Scharia gelten nur für die arme Bevölkerung, die Herrschenden verhalten sich nicht islamisch. In Deutschland, wo die Muslime in der Minderheit sind, ist das grundsätzlich anders, da kann der Dialog Brücken zu anderen Religionen schlagen.

Wer sollte hierzulande Träger dieses Gesprächs sein?

Ourghi: Ich bin ein Kritiker der muslimischen Dachverbände in Deutschland, die, wie etwa die DITIB, von staatlichen Stellen aus den Herkunftsländern gesteuert werden. Wir brauchen einen Rat der Muslime, wo Vertreter aller Couleur zugelassen sind, und das hat mit dem Muslimischen Forum Deutschland begonnen.

Wie optimistisch sind Sie für die notwendige Reform?

Ourghi: Sie kann gelingen, wenn der Islam sich nicht mehr als militante Gemeinschaft versteht, die eine Herrschaft über die ganze Welt erstrebt. Zweitens muss der Islam als geistig-individuelle Bindung zwischen dem Menschen und Gott

verstanden werden. Er ist eine religiöse Ethik mit spiritueller Werten.

» Weitere Informationen gibt es unter www.philcologne.de

Video: Türkische Faschisten in Deutschland

[Das ZDF berichtete am Dienstagabend](#) darüber, dass sich Salafisten und Graue Wölfe zunehmend vernetzen. Dass sich die türkisch-rechtsextremistischen Graue Wölfe in der nordrhein-westfälischen CDU eingenistet haben, ist spätestens seit letztem Jahr bekannt. Droht Deutschland eine völlig neue Dimension des Extremismus, geduldet von einer Regierungspartei? (Fortsetzung auf blu-news.org)



Hamburg: Linksextreme Bands

wilkommen beim Hafengeburtstag – AfD fordert Aufklärung



Während anderenorts kultige Musikgruppen wegen angeblichen „Sexismus“ auf Betreiben schwulesbischer AStA-Referate von ihrer Teilnahme an einer studentischen Veranstaltung ausgeladen werden

([PI berichtete hier](#)), dürfen beim weltgrößten Hafenfest, dem Hamburger Hafengeburtstag, linksextremistische Musikgruppen mit Unterstützung und finanzieller Förderung durch den rot-grünen Hamburger Senat ihre staats- und verfassungsfeindliche „Musik“ darbieten. So beispielsweise die aus Irland stammende Gruppe „The Oppressed“ (Foto), die als Ikone der extrem linken „Sharp-Skinheads“ gilt. So kommt es nach Recherchen der AfD-Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Ludwig Flocken und Dr. Alexander Wolf auf der Jolly-Roger-Bühne des Hafenfestes alljährlich zu heftigen verbalen Verunglimpfungen und Angriffen gegen die Bundesrepublik Deutschland.

[In einer schriftlichen Kleinen Anfrage an den Senat](#) fordern die beiden Abgeordneten nun umfassende Aufklärung über den Umfang der Auftritte sowie deren Bewerbung und Bezuschussung durch die Freie und Hansestadt Hamburg.

[Auf der Internetseite der AfD-Hamburg wird berichtet:](#)

Der Veranstalter des Hamburger Hafengeburtstages ist die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) der Stadt Hamburg. In dieser Funktion trägt die Behörde die organisatorische Verantwortung. Dr. Ludwig Flocken stellt dazu fest: „Mit der öffentlichen Subventionierung der Hafengeburtstage finanziert die Freie und Hansestadt Hamburg seit Jahren auch die Auftritte extrem linker und in Zielen unserer Verfassung widersprechend eingestellter Musikgruppen. In unserer Schriftlichen Kleinen Anfrage an den Senat benennen wir diese Gruppen konkret und weisen anhand der Liedtexte und der auf den Hafengeburtstagen vorgefallenen Beschimpfungen und Verunglimpfungen gegen den Staat die teilweise verfassungsfeindlichen Einstellungen dieser Gruppierungen nach. Unsere Erkenntnisse werden gestützt durch die Berichte der Sicherheitsbehörden und eigene Beobachtungen. Vereinzelt Tonträger der auf den Hafengeburtstagen aufgetretenen Musikgruppen sind außerdem von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert.“ Flocken kritisiert die widersprüchliche Haltung der Verantwortlichen in der Politik und der Behörde scharf: „Es ist vollkommen inakzeptabel, dass die Stadt Hamburg in ihrer Rolle als Veranstalter der Hafengeburtstage solche Musikgruppen einlädt, deren Auftritte auf der Internetplattform hamburg.de sowie auf Veranstaltungsplakaten in der Stadt bewirbt und den Gruppen mit ihren Liedtexten und Parolen eine öffentliche Plattform gibt.(...)“

Flockens Fraktionskollege Dr. Alexander Wolf identifiziert in den Vorgängen ferner ein grundsätzliches mangelndes Problembewusstsein des Senats: „Die rot-grüne Regierung ist auf dem linken Auge blind. Auf der einen Seite stellt das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz in seinem aktuellen Bericht zu recht fest, dass der Linksextremismus eine große Bedrohung für unsere Demokratie und unsere Sicherheit darstellt. Ferner wird dort ausgeführt, dass das linksextremistische Personenpotenzial nach den Islamisten die zweithöchste Gruppe in Hamburg darstellt. Auf der anderen

Seite erwähnt die rot-grüne Regierung in ihrem 115-seitigen Koalitionsvertrag die Gefahr durch Linksextremismus mit keinem einzigen Wort!(...)

Der Hamburger Senat, der auch solche Tollheiten wie die Dauerbesetzung der „Roten Flora“ durch Linkskriminelle sowie auch die regelmäßig stattfindenden Straßenschlachten im Schanzenviertel nicht nur duldet, sondern sie anscheinend schon als zu Hamburg gehörende Folklore fördert, beweist damit ein weiteres Mal seine Sympathie für die Machenschaften extrem linker Hetzer und Staatsfeinde. Die Kleine Anfrage der AfD-Abgeordneten an den Senat erscheint vor diesem Hintergrund nicht nur berechtigt, sondern schon lange überfällig. Über die Antwort werden wir hier berichten. (hg)

Aus “Flüchtlingen” werden billige Arbeitskräfte



Zunächst zu den Fakten: Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung stellt heraus, daß Deutschland europaweit Asylanträge am langsamsten bearbeitet. Durchschnittlich

dauerte die Bearbeitung im Jahr 2014 7,1 Monate. Afghanen

mußten allerdings sogar im Schnitt 16,5 Monate auf eine Entscheidung warten und Pakistani 17,6 Monate.

Professor Dietrich Thränhardt hat dies für die Bertelsmann-Stiftung ausgerechnet, weil lange Asylverfahren das Haupthindernis bei der Jobsuche von "Flüchtlingen" seien. Damit ist auch bereits klar, worum es der Studie eigentlich geht: "Flüchtlinge" sollen so schnell wie möglich zu billigen Arbeitskräften umfunktioniert werden. Die Begründung dafür, die in der Studie angegeben wird, ist geradezu lächerlich: 84 Prozent der Deutschen würden sich eine schnellere Eingliederung der "Flüchtlinge" in den Arbeitsmarkt wünschen.

Nun blendet die Studie ein Problem jedoch vollkommen aus: Mindestens die Hälfte der sogenannten "Flüchtlinge" sind in Wirklichkeit illegale Einwanderer. Richtig ist, daß diejenigen Asylbewerber, die vor Krieg oder Folter geflohen sind, Hilfe verdienen, ihre Anträge schnell bearbeitet werden müssen und sie schnell an den Arbeitsmarkt herangeführt werden sollten. Während der Antragsbearbeitung könnten sie z.B. bereits gemeinnützige Tätigkeiten ausüben, um so schnell wie möglich die deutsche Gesellschaft kennenzulernen.

Umwandlung des Asylbewerberstatus in einen Arbeitsstatus

Illegale Einwanderer hingegen müssen so schnell wie möglich wieder abgeschoben werden. Um ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt müssen wir uns überhaupt nicht kümmern. Aber genau das ist das Kalkül der Bertelsmänner: Jeder "Flüchtling", der eine Arbeit hat, soll auch in Deutschland bleiben können. Um billige Arbeitnehmer zu gewinnen, ist es also zielführend, den Illegalen schnell einen Arbeitsplatz zu verschaffen, um so einen Grund gefunden zu haben, um sie hier im Land zu halten. In der Studie wird dieses Verfahren als "Umwandlung des Asylbewerberstatus in einen Arbeitsstatus" bezeichnet.

(Der komplette Artikel kann bei Einwanderungskritik.de

nachgelesen werden)



OS: AStA lädt Band „wegen Sexismus“ aus



Es mag zunächst nur wie eine völlig irrelevante Randmeldung erscheinen, denn wer kennt schon das vom AStA der Universität Osnabrück alljährlich veranstaltete Fairytale-Musik-Festival? Und wer kennt die komödiantische Mittelalter-Folk-Band „Feuerschwanz“? Nun hat aber der geplante Auftritt dieser Band bei eben diesem Festival und ihre Ausladung für einen Eklat im AStA und einen Shitstorm in sozialen Medien gesorgt, über den „[Wikipedia](#)“ nur kurz anmerkt, die Band sei eingeladen worden, „da Studentinnen der Band frauenfeindliche Texte vorwarfen und einen Kompromiss ablehnten“. Dabei handelt es sich jedoch nicht einmal um die halbe Wahrheit.

Ausgeladen wurde die Band „Feuerschwanz“, deren Auftritt der Höhepunkt der Veranstaltung sein sollte, auf Betreiben der „universitären Lesben- und Schwulenvertretungen“, [wie die „NOZ“ berichtet](#):

Die autonomen Referate des Osnabrücker Uni-Asta verbuchen die

Streichung von Feuerschwanz aus dem Programm für das Fairytale-Festival 2015 als „Erfolg“. Sexismus, wie er in Liedern der Mittelalter-Rockband zu finden sei, dürfe keine Bühne geboten werden, sagen sie. Nun soll auch das weitere Line-up der Veranstaltung genauer auf mutmaßlich frauenfeindliche Inhalte geprüft werden.

Der Widerstand der universitären Lesben- und Schwulenvertretungen war maßgeblich für das Konzertverbot, das der Allgemeine Studierendenausschuss (Asta) als Veranstalter des Fairytale-Festivals 2015 gegen Feuerschwanz verhängt hat.

Dabei genügte offenbar die bloße Ankündigung von öffentlichem Protest, um die Open-Air-Organisatoren mehrheitlich zur Ausbootung ihres bis dahin unumstrittenen Headliners zu bewegen. Die Sicherheit von Band und Publikum am 13. Juni im Schlossinnenhof sei fortan jedenfalls nicht mehr gewährleistet, teilte der Asta unter der Woche zur Begründung seiner Absage mit. Ein Entschluss, für den er seitdem heftig Kritik einstecken muss. Besonders in sozialen Medien wie Facebook fegt ein Sturm der Entrüstung über den Asta. ([Weiterlesen: Feuerschwanz kontert Sexismus-Vorwürfe: alles Satire](#))(...)

Der AstA als Veranstalter hatte demnach ganz offenbar gewalttätige Ausschreitungen befürchtet, denn wie sonst wäre die Aussage zu erklären, „Die Sicherheit ... sei fortan jedenfalls nicht mehr gewährleistet...“? Reicht also heutzutage schon eine sehr kleine, aber lautstarke Minderheit sexuell Desorientierter, um darüber zu befinden, welche Art von Musik auf studentischen Vergnügungsveranstaltungen gespielt werden darf? Anscheinend ja. Zumindest solange sich die Mehrheit, die an einem Auftritt der Gruppe sicherlich ihren Spaß gehabt und die Texte als das, als was sie gemeint sind, nämlich als Satire, verstanden hätte, nicht aus politikkorrekten Gründen einknicken würde. Ähnliches geschah auch schon im Jahr 2013,

als nach einem Auftritt der Band „Montreal“ eine angeblich homophobe Äußerung eines der Bandmitglieder beanstandet wurde. [Damals hat sich der AStA eilfertig distanziert.](#)

Man muss sich wirklich die Frage stellen, was im Laufe der letzten Jahrzehnte aus den deutschen Studenten geworden ist. Eine unterwürfige Masse, die dem politisch korrekten Mainstream hinterherläuft, sich bei jeder noch so kleinen Randgruppe anzubiedern versucht, nur um bloß nicht irgendwo anzuecken? Im AStA und insbesondere in dessen „Autonomen Referaten“ mögen ja nur derzeitige und zukünftige Geringnutze mit Dauerstudium in Fächern wie Sozialirgendwas sitzen. Allen anderen sei angeraten, eine derart beeinflusste Veranstaltung ganz einfach zu boykottieren. Sollen die Schwulen und Lesben doch alleine feiern. Und wer die Musik bestellt, der hat sie auch zu bezahlen. Da dürfte es dann eng werden. (hg)

Kontakt:

AStA der Universität Osnabrück

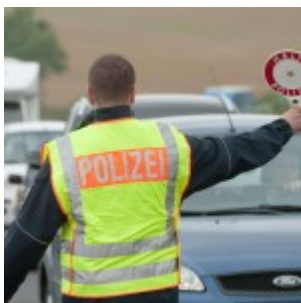
Alte Münze 12

49074 Osnabrück

Tel. 0541-969-4872

Fax 0541-969-4808

E-Mail: asta@uos.de



Petry: Grenzkontrollen nach G7 beibehalten



Seit gestern gibt es an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland zu den Nachbarstaaten Österreich und Tschechien, wenn auch zeitlich begrenzt bis zum 15. Juni, wieder

Grenzkontrollen – eigentlich das völlig legitime Recht eines jeden souveränen Staates – ausgehebelt und auf Ausnahmefälle begrenzt jedoch durch das sog. „Schengen-Abkommen“. Und solche Ausnahmefälle bilden offenbar das Treffen der Finanzminister der G7-Staaten vom 27. bis 29. Mai in Dresden sowie der G7-Gipfel am 7. und 8. Juni auf Schloss Elmau in Bayern.

Frauke Petry, die Co-Vorsitzende der AfD und Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, setzt sich laut einer Presseinformation für eine Beibehaltung der Grenzkontrollen auch nach dem Ende des Gipfeltreffens ein.

Sie äußerte sich wie folgt:

„Diese Grenzkontrollen sollten nach dem Treffen der G7-Finanzminister beibehalten und nicht wie vorgesehen am 15. Juni ausgesetzt werden. Sprunghaft angestiegene Kriminalität nach Wegfall der letzten europäischen Grenzkontrollen 2007 sind gerade in Ostsachsen spürbarer Alltag für die Bewohner geworden. Einbrüche, Drogenschmuggel, Auto- und Ladendiebstähle stiegen rasant. Dieser Kriminalitätsschub wiegt die politisch gewollte Freizügigkeit des Reiseverkehrs innerhalb Europas auf. Ich halte es auch für zumutbar beim

Passieren eines Grenzpostens den Ausweis vorzuzeigen, wie es jahrelange gängige Praxis war.

Es ist obendrein ein Paradoxon, wenn für die Sicherheit hochrangiger Politiker die Grenzen temporär geschlossen werden, um deren Sicherheit, Leben und Gesundheit nicht zu gefährden, die Sicherheit der eigenen Bevölkerung aber offenbar nach der Abreise wieder zweitrangig ist.

Ebenfalls schwer erklärbar ist, dass die Bundesregierung nun wegen der gestiegenen Kriminalität ein Sonderprogramm über 30 Millionen Euro auflegt, damit Bürger ihre Häuser zu einbruchsicheren Festungen umbauen können, kriminelle Banden aber andererseits durch offenstehende Grenzen regelrecht anlockt.“

Dem ist in jeder Hinsicht zuzustimmen. Es sollte sogar noch viel weiter gehen. Nicht nur an den Grenzen zu Österreich und Tschechien, sondern an allen Grenzen unseres Landes sollten wir jederzeit kontrollieren können und dürfen, wer nach Deutschland einreist. Dies würde zum einen die deutlich gestiegene Zahl an Eigentumsdelikten, vornehmlich im grenznahen Raum zu osteuropäischen Staaten, wenn auch nicht völlig verhindern, so doch deutlich eindämmen. „Kaum gestohlen – schon in Polen“, das ginge dann nicht mehr ganz so einfach. Zum anderen ließe sich so auch der Zuwanderungskriminalität sogenannter „Flüchtlinge“ entgegen wirken, die Deutschland derzeit in Massen überfallen, um nicht nur sein Sozialsystem, sondern auch die Deutschen auszurauben.

Doch einen solchen Schutz gibt es nur für ein paar mächtige Männer und Frauen. Deren eineinhalbtägiges Treffen kostet den deutschen Steuerzahler nach offiziellen Angaben 130 Millionen Euro, nach Berechnungen des [Bayrischen Bundes der Steuerzahler sogar 360 Millionen Euro](#). 17.000 Polizeibeamte werden im Einsatz sein, um diese sinnfreie Veranstaltung zu schützen.

Da werden den Steuern zahlenden Bürgern 30 Millionen

angeboten, um ihr Eigentum zu sichern, nicht mal ein Zehntel dessen, was der Gipfel kostet. Und der Schutzmann, einst zuständig für die Streife im Revier, schiebt Überstunden, um ein paar unfähige Politiker zu schützen.

Es ist an der Zeit, dass der Wind sich dreht. Und ein erster Wendepunkt könnten die von Petry vorgeschlagenen Grenzkontrollen sein. (hg)